



# BERATUNGSUNTERLAGE

zu TOP 9:

## **Aufnahme von Flüchtlingen in Weisenbach**

⇒ **Sachstandsbericht**

### a) SACHVERHALT

In den vergangenen Monaten musste Deutschland aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine größere Herausforderungen bewältigen.

Zahlreiche Menschen aus der Ukraine haben sich zur Flucht entschlossen und werden auf unbestimmte Zeit in Deutschland leben.

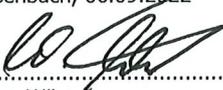
In Baden-Württemberg waren bereits Anfang August ca. 115.000 ukrainische Flüchtlinge registriert. Nach dem entsprechenden Verteilungsschlüssel bedeutet dies für den Landkreis Rastatt eine Aufnahme von ca. 2.400 Flüchtlingen.

Die Herausforderung der Migrationslage und der Flüchtlingsaufnahme bewegten die politisch Verantwortlichen im Land Baden-Württemberg zu einer Videokonferenz am 9. August 2022 unter Leitung der Ministerinnen Gentges und Razavi. Rund 650 kommunale Vertreter nahmen daran teil. Die Themen dieser Videokonferenz wurde im Nachgang medial aufgearbeitet und sowohl im BT als auch im BNN entsprechend am 11. August 2022 veröffentlicht. „Flüchtlingslager ausgesprochen ernst – Kommunen funken SOS“ und „Kommunen funken SOS“ waren die entsprechenden Überschriften. Die Presseberichte sind beigefügt angeschlossen.

Hieraus allein wird schon deutlich, wie ernst die Lage ist.

Der Landkreis Rastatt lädt monatlich zu entsprechenden Webex-Konferenzen, einerseits auf der Führungsebene (Bürgermeister), andererseits auf der Arbeitsebene (Hauptamtsleiter) ein.

Jeweils am Monatsende teilt das Landratsamt Rastatt den Kommunen im Landkreis die Zuteilungsquote für den darauffolgenden Monat mit.

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>Aufgestellt:<br/>Weisenbach, 06.09.2022</p>  <p>.....<br/>Walter Wörner<br/>Hauptamtsleiter</p> | <p>Sichtvermerk:<br/>Weisenbach, 06.09.2022</p>  <p>.....<br/>Daniel Retsch<br/>Bürgermeister</p> | <p>Ausschuss genehmigt - abgelehnt<br/>am .....</p> <p>Gemeinderat genehmigt- abgelehnt<br/>am .....</p> |
|---|--|--|

Aktuell überstellt der Landkreis Rastatt aus den Gemeinschaftsunterkünften monatlich 200 Flüchtlinge in die Anschlussunterbringung. Eine Erhöhung dieser Zahl auf etwa 250 Flüchtlinge ab Januar 2023 ist angekündigt.

Dabei weist der Landkreis daraufhin, dass die Aufnahmequote jeweils zwingend im entsprechenden Monat erfüllt werden muss. Es wird eine flexible Lösung bezüglich des Transfers erwartet; unter anderem wird gebeten, dass auch die Kommunen die Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften abholen. Weiter müssen die Kommunen auch eine behinderte (Rollstuhlfahrer) oder pflegebedürftige Person sowie Familie mit Haustieren aufnehmen. Neben den Flüchtlingen aus der Ukraine wird nach aktueller Mitteilung des Landratsamtes auch wieder mit der erhöhten Einreise afghanischer Ortskräfte gerechnet, welche ebenfalls in die Anschlussunterbringung aufgenommen werden müssen.

Bis Ende August hat die Gemeinde Weisenbach insgesamt 27 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. In den Jahren 2014 bis 2019 wurden insgesamt 56 Flüchtlinge in Weisenbach aufgenommen. Teilweise wurden Kinder, welche bei der Statistik allerdings nicht berücksichtigt werden, hier geboren, teilweise sind Familien aus unterschiedlichen Gründen auch schon aus Weisenbach weggezogen.

Die Aufnahmeverpflichtung für Weisenbach zum 31. August 2022 belief sich auf 78. Insbesondere durch die Aufnahme von insgesamt 12 Personen Anfang August 2022 ist die Gemeinde in „Vorleistung“ getreten, so dass die Aufnahmeverpflichtung auf Ende August mit tatsächlich aufgenommenen 83 Flüchtlingen „übererfüllt“ war. Für den Monat September muss daher lediglich noch eine Person aufgenommen werden, bis Ende des Jahres kommen voraussichtlich noch 7 weitere Personen dazu.

Bei einem gleichbleibenden oder gar steigenden Zugang an Flüchtlingen nach Deutschland muss über die Verteilung in die Länder (Landeserstaufnahmeeinrichtungen) und dann in die Landkreise in die Gemeinschaftsunterkünfte auch in der Anschlussunterbringung mit einer weiteren Zuweisung (ca. 3-4 Personen / Monat) in ähnlicher Größenordnung gerechnet werden.

Die aktuell Wohnsituation in Weisenbach sieht so aus, dass zum 1. September eine weitere Privatwohnung durch die Gemeinde Weisenbach angemietet werden konnte, welche noch im Laufe dieses Monats mit etwa vier bis fünf Flüchtlingen belegt werden kann. Eine weitere Wohnung im kommunalen Anwesen Reinigsgässle 3 wurde durch Wegzug der dort untergebrachten Familie frei und kann daher ebenso wieder mit etwa 4 Personen belegt werden.

Wünsche, wie der Familiennachzug des Mannes oder die Mitaufnahme von Bekannten und Freunden, aber auch die zahlreichen weiteren Wünsche der Flüchtlinge, die Hürden in der Verständigung und der bürokratische Aufwand mit Anmeldungen nach dem Melderecht, Einweisung in die jeweiligen Wohnungen, Kostenfestsetzungsbeschluss, der Antrag einer entsprechenden Aufenthaltsgestattung und von Leistungen nach dem SGB binden die Verwaltungskraft. Dazu kommt für jede Wohnung die Frage der Stromversorgung, der Heizung, der Müllabfuhr etc.

Nach aktuellem Stand geht die Verwaltung davon aus, dass die Aufnahmeverpflichtung bis Ende des Jahres in den beschriebenen Wohnungen noch erfüllt werden kann.

Wenn der Zustrom allerdings weiterhin unvermindert anhält oder sich gar steigert, muss davon ausgegangen werden, dass auch im kommenden Jahr monatlich ca. 3-4 Personen untergebracht werden müssen. Bei einer durchschnittlichen Belegung einer Wohnung mit fünf Personen wären somit etwa 8-10 Wohneinheiten erforderlich.

Die Verwaltung hat daher erneut im Gemeindeanzeiger aufgerufen, verfügbaren Wohnraum an die Gemeinde Weisenbach zu vermieten. Parallel hierzu prüft die Gemeinde, wie weiterer Wohnraum, z. B. durch Erwerb von Wohnobjekten, Umbau von kommunalen Gebäuden etc. geschaffen werden kann.

Ziel der Verwaltung ist es, eine Belegung der Sporthalle oder von Vereinsräumlichkeiten zu vermeiden, auch wenn in der eingangs genannten Videokonferenz mit den Ministerrinnen des Landes Baden-Württemberg durchaus solche Szenarien in den Raum gestellt wurden.

#### b) BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

# Flüchtlingslage ausgesprochen ernst – Kommunen funkeln SOS

## Immer mehr Menschen flüchten vor dem Krieg in der Ukraine / Landesmigrationsministerin Gentges: Notunterkünfte wieder Thema

Von Martin Oversohl

nettsmitgliedern, Geschäftsführern und Landräten einiges über die Dringlichkeit verrät.

„Was in den nächsten Wochen und Monaten vor uns liegt, ist mindestens eine Herkulesaufgabe“, sagte Gentges. Die CDU-Politikerin schloss auch nicht aus, dass ähnlich wie vereinzelt im März und vor allem 2015 erneut Turnhallen, leer stehende Hostels, Hotels oder mobile Einrichtungen auf Campingplätzen genutzt werden müssen.

Seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine im Februar sind laut Ministerium allein von dort rund 115.000 Menschen kommen, von denen aber rund 80 Prozent privat unterge-

bracht werden konnten. Weitere 10.500 Menschen aus Staaten wie Syrien, der Türkei und Afghanistan sind im laufenden Jahr nach der Registrierung im Land geblieben.

Im Vergleich zur ersten Woche im Juli sei die Zahl der täglich aus der Ukraine kommenden Menschen um rund 50 Prozent gestiegen, die Zugänge der Asylsuchenden seien ebenfalls auf einem hohen Niveau, berichtete Gentges. Insgesamt liege die im laufenden Jahr registrierte Zahl der Hilfesuchenden im Südwesten bereits über der aus dem gesamten Jahr 2015.

Nach den Gründen für den Anstieg befragt, sagte Gentges: „Es sind alle Zugangswege in



Marion Gentges.

Foto: Christoph Schmidt/dpa

wissen aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass die Zugänge im Herbst wieder zunehmen werden“, sagte Gentges. „Wir haben daher keinen Grund, anzunehmen, dass der Anstieg der Zahlen abbricht.“

Deutlich sei aber, dass Menschen nicht in allen Fällen aus rein politischen Gründen nach Baden-Württemberg kämen. „Es gibt bei uns mehr Sozialleistungen als in anderen Ländern. Und deshalb treffen wir auch häufig Menschen, die bereits in anderen Staaten Schutz gefunden hatten, die aber aus wirtschaftlichen Gründen weitergereist sind“, sagte sie. Der Bund habe zuletzt „Fehlentscheidungen“ gesetzt durch das Ausweichten der Sozialleistungen.

Hier knüpft auch die Kritik der Landkreise und Städte an. „Ohne den sogenannten Rechtskreiswechsel und die damit verbundenen höheren Sozialleistungen wären wir als Kommunen nicht jetzt vor die Situation gestellt, Notunterkünfte vorzubereiten und bereitzustellen“, kritisierte der Präsident des Landkreistags, der Tübinger Landrat Joachim Walter. Es sei den Menschen nicht zu verübeln, dass sie über andere Länder nach Deutschland kämen. Die Anziehungskraft der im europäischen Vergleich höchsten Sozialleistungen in Deutschland mache aber alle Versuche einer gleichmäßigen Verteilung von Geflüchteten in Europa zunichte.

# Kommunen funkeln SOS

## Städte und Gemeinden sind wegen deutlich steigender Flüchtlingszahlen an der Belastungsgrenze

Von unserer Mitarbeiterin  
Martina Oversohl

**Stuttgart.** Container, Hallen, Hotels oder zur Untermiete – alles egal: Städte und Gemeinden suchen derzeit verzweifelt nach Wohnungen und Schlafplätzen für Tausende Flüchtlinge. „Die Lage ist ausgesprochen ernst“, sagte Landesmigrationsministerin Marion Geniges am Mittwoch nach einer Schalte mit Vertretern der Städte und Gemeinden im Land. „Die Kommunen senden einen deutlichen Hilferuf.“ Die Verwaltungen seien nach eigenen Angaben „an der Belastungsgrenze“, zitierte Geniges aus der Schalte, deren langgezielte Teilnehmerliste mit etwa 650 Rathschäufeln und Kabinettsmitgliedern, Geschäftsführern und Landräten einiges über die Dringlichkeit verrät.

„Was in den nächsten Wochen und Monaten vor uns liegt, ist mindestens eine Herkulesaufgabe“, sagte Geniges der Deutschen Presse-Agentur. Die CDU-Politikerin schloss auch nicht aus, dass ähnlich wie vereinzelt im März und vor allem 2015 erneut Turnhallen, leerstehende Hostels, Hotels oder mobile Einrichtungen auf Campingplätzen genutzt werden müssen.

Seit dem Beginn des Kriegs im Februar sind laut Ministerium allein aus der Ukraine rund 115.000 Menschen nach Baden-Württemberg gekommen, von denen aber rund 80 Prozent privat untergebracht

werden konnten. Weitere 10.500 Menschen aus Staaten wie Syrien, der Türkei und Afghanistan sind im laufenden Jahr nach der Registrierung im Land geblieben.

Im Vergleich zur ersten Woche im Juli sei die Zahl der täglich aus der Ukraine kommenden Menschen um rund 50 Prozent gestiegen, die Zugänge der Asylsuchenden seien ebenfalls auf einem hohen Niveau, sagte Geniges. Insgesamt liege die im laufenden Jahr registrierte Zahl der Hilfesuchenden im Südwesten bereits über der aus dem gesamten Jahr 2015.

Nach den Gründen für den Anstieg befragt, sagte Geniges: „Es sind alle Zugangswege in ähnlichem Maße gestiegen.“ Das wird nach ihrer Einschätzung auch so bleiben: „Wir wissen aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass die Zugänge im Herbst wieder zunehmen werden“, sagte Geniges. „Wir haben daher keinen Grund anzunehmen, dass der Anstieg der Zahlen abbricht.“

Deutlich sei aber, dass Menschen nicht in allen Fällen aus rein politischen Gründen nach Baden-Württemberg kämen. „Es gibt

bei uns mehr Sozialleistungen als in anderen Ländern. Und deshalb treffen wir auch häufig Menschen, die bereits in anderen Staaten Schutz gefunden hatten, die aber aus wirtschaftlichen Gründen weitergereist sind“, sagte sie. Der Bund habe zuletzt „Fehlansätze“ gesetzt durch das Ausweiten der Sozialleistungen.

Hier knüpft auch die Kritik der Landkreise und Städte an. „Ohne den sogenannten Rechtskreiswechsel und die damit verbundenen höheren Sozialleistungen wären wir als Kommunen nicht jetzt vor die Situation gestellt. Notunterkünfte vorzubereiten und bereitzustellen“, kritisierte der Präsident des Landkreistags, der Tübinger Landrat Joachim Walter. Es sei den Menschen nicht zu verübeln, dass sie über andere Länder nach Deutschland kämen. Die Anziehungskraft der im europäischen Vergleich höchsten Sozialleistungen in Deutschland mache aber alle Versuche einer gleichmäßigen Verteilung von Geflüchteten in Europa zunichte.

Sorgenvoll schaut Geniges auf die Stimmungslage im Herbst: „Die Akzeptanz der Gesellschaft könnte durchaus leiden, denn die Menschen sind derzeit ja auch an anderen Stellen stark belastet“, sagte sie. „In vielen Krisen und das kann auf die Stimmung der Menschen schlagen.“ Herumgesprochen habe sich die Bedeutung des Themas aber nur bis in die Rathäuser.



**Alles belegt:** Die Landesregierung kann nicht ausschließen, dass bald auch wieder Turnhallen oder Hotels zu Flüchtlingsunterkünften werden. Foto: Kay Nietfeld/opa